

Offizielle Gespräche mit jugoslawischen Regierungsstellen
und Wirtschaftskreisen vom 9. - 14. Mai 1976

1. Jugoslawische Gesprächspartner

1.1. Anlässlich der Sitzungen mit beiden Delegationen gemeinsam
(offizielle und Delegation der Handelskammer Schweiz/Jugoslawien)¹⁾

- a) in Belgrad: jugoslawische Bundeswirtschaftskammer,
Vizepräsident R. Svilar;
- b) in Ljubljana:
 - slowenische Regierung und Wirtschaftskammer²⁾,
R. Čačinović, Vizeministerpräsident, M. Owluck,
Minister für internationale Zusammenarbeit,
B. Zidarić, Vizepräsident der Wirtschaftskam-
mer und weitere Vertreter slowenischer Wirt-
schaftskreise;
 - slowenische Wirtschaftskammer, stellv. Direk-
tor Reiher, Chef der Abteilung für wirtschaft-
liche Beziehungen mit dem Ausland und Vertreter
von 16 slowenischen Firmen;
 - Bank von Ljubljana²⁾, M. Junnar, stellv. Präsi-
dent, M. Kandus, Vizepräsident und weitere hohe
Vertreter der Bank;
- c) in Zagreb:
 - kroatische Regierung²⁾, Ante Zelić, Präsident
des Komitees für wirtschaftliche Beziehungen
mit dem Ausland der kroatischen Regierung und
hohe Beamte dieses Komitees;
 - kroatische Wirtschaftskammer, Vizepräsident
Bašić

1) Zusammensetzung der offiziellen schweizerischen Delegation und der Leitung der Delegation der Handelskammer Schweiz/Jugoslawien siehe Beilage 1A und 1B

2) ohne die Vertreter der schweizerischen Firmen

- 2 -

1.2 Der offiziellen Delegation allein

- in Belgrad:
- Aussenhandelsminister E. Ludviger;
 - offizielle jugoslawische Delegation unter der Leitung von Unterstaatssekretär F. Babić (die Zusammensetzung der Delegation geht aus Beilage 2 hervor);
(Unterstaatssekretär Babić, Handelsrat Apostolski und die beiden Beraterinnen der offiziellen jugoslawischen Delegation begleiteten uns während unserem ganzen Aufenthalt).
 - Finanzministerium, M. Stojiljković, stellv. Finanzminister;
 - jugoslawische Nationalbank, Vize-Gouverneur J. Štrukelj und weitere hohe Beamte;
 - Bundeswirtschaftskammer (2. Treffen), Vizepräsident R. Svilar und weitere Funktionäre.

1.3 Von Minister Sommaruga, begleitet von Botschafter Hess

- in Belgrad:
- B. Šefer, Vizeministerpräsident der jugoslawischen Regierung und Präsident der Regierungskommission für Wirtschaftspolitik;
 - M. Vrhunec, stellv. Aussenminister.

1.4 Weitere Kontakte

- Belgrader Messe
- Stahlwerk Smederevo (hängige Offerte von BBC im Wert von 200-300 Mio Franken)
- Behörden der Stadt Smederevo
- Handelskammer der Stadt Belgrad

- Empfang organisiert durch Botschafter Hess in seiner Residenz unter Teilnahme der offiziellen schweizerischen Delegation, der gesamten Delegation der Handelskammer, von jugoslawischen Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben und von Mitgliedern des in Belgrad akkreditierten diplomatischen Corps
- Nachessen in Ljubljana, offeriert vom Chef der offiziellen schweizerischen Delegation für die offizielle jugoslawische Delegation und die slowenische Regierung.

2. Der Verlauf der Gespräche

2.1. Vorgeschichte

Anlässlich der letzten Wirtschaftsbesprechungen, die 1974 in der Schweiz stattgefunden hatten, war beschlossen worden, derartige Konsultationen künftig in kürzeren Abständen als früher - die vorletzten Gespräche hatten 1970 in Belgrad stattgefunden - durchzuführen.

Die Absicht der Handelskammer Schweiz/Jugoslawien, im Jahre 1976 eine Reise schweizerischer Geschäftsleute nach Jugoslawien durchzuführen, gab Anlass zu einer gleichzeitigen offiziellen Mission nach diesem Land. Die Zusammenstellung einer solchen grossen Gruppe, bestehend aus Vertretern der Handelsabteilung und des Vororts einerseits und der Leitung der erwähnten Handelskammer, der OSEC sowie einer Reihe interessierter Firmen andererseits sollte das schweizerische Interesse - sowohl des Staates als auch der Wirtschaft - an der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien bekunden. Der Zeitpunkt der Reise wurde aufgrund der zur gleichen Zeit stattfindenden Belgrader Messe auf die Woche vom 10. Mai festgelegt.

2.2. Bilaterale Probleme

Bei allen Gesprächen kam die jugoslawische Besorgnis über das stark angewachsene jugoslawische Handelsbilanzdefizit gegenüber der Schweiz von gegen 525 Mio Franken im vergangenen Jahr (schweiz. Importe 98 Mio Fr., schweiz. Exporte 623 Mio Fr.) zum Ausdruck. Auch mit dem Grossteil der anderen westlichen Industrieländer hat Jugoslawien mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Deshalb fürchtet es, mit der Zeit in vermehrte wirtschaftliche Abhängigkeit des Ostblocks zu geraten, der in den letzten Jahren die Importe aus Jugoslawien zunehmend gefördert hat und damit schon bald in die Lage geraten könnte, als unersetzlicher Kunde weitgehende Forderungen auf verschiedenen Gebieten zu stellen.

Unsere Gesprächspartner forderten denn auch mit Nachdruck den vermehrten Bezug jugoslawischer Produkte durch die westlichen Länder, um nicht in dieses drohende Abhängigkeitsverhältnis zu gelangen. Daneben drückten sie im Hinblick auf eine Verminderung der Einfuhren und eine allfällige Steigerung der Ausfuhren wiederholt den Wunsch nach vermehrter Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der joint ventures, sowohl in Jugoslawien als auch in Drittstaaten, aus. Gleichzeitig anerkannten sie jedoch die teilweise ungenügenden Exportanstrengungen ihrer Unternehmen, die hin und wieder mangelnde Zuverlässigkeit der Geschäftsabwicklung und die über dem Weltmarktniveau liegenden Preise verschiedener jugoslawischer Produkte. In seinen Antworten bekundete Minister Sommaruga jeweils Verständnis für die schwierige Lage Jugoslawiens infolge seiner unausgeglichenen Zahlungsbilanz, namentlich gegenüber dem konvertiblen Raum, und für die jugoslawischerseits auf dem Einfuhrsektor zeitweilig ergriffenen Beschränkungen, machte jedoch nachdrücklich auf die damit verbundenen wachsenden Schwierigkeiten der schweizerischen Exportindustrie - insbesondere auf dem Konsumgütersektor, wo in erster Linie die Uhrenindustrie starke Rückschläge auf sich nehmen musste - aufmerksam. Die Diskussion über die Entwicklung des bilateralen Warenaustausches ergänzte er mit dem Hinweis auf die allgemeine wirtschaft-

liche Entwicklung in der Schweiz im vergangenen Jahr, wobei er ausdrücklich betonte, dass der Rückgang der schweizerischen Importe aus Jugoslawien nicht isoliert angesehen werden sollte, sondern dass er im Zusammenhang mit der rezessionsbedingten allgemeinen Verminderung des Konsums und der Abnahme des gesamten schweizerischen Aussenhandels - sowohl der Ein- als auch der Ausfuhren - zu betrachten sei. Schliesslich konnte er jedoch darauf hinweisen, dass die Leistungsbilanz zwischen beiden Ländern ein wesentlich günstigeres Bild ergibt. In der Tat widersprachen unsere Gesprächspartner den schweizerischerseits in diesem Zusammenhang für das letzte Jahr erwähnten Zahlen nie: Reduktion der schweizerischen Exporte um 94 Mio Fr. (Zigaretten schmuggel nach Italien über Jugoslawien), Ausgaben schweizerischer Touristen 80 Mio Fr., Rimessen jugoslawischer Gastarbeiter 220 Mio Fr.. Erstaunlich war vor allem, dass sie den Einbezug der Rimessen der Gastarbeiter nicht beanstanden, sondern sie sogar von sich aus ausdrücklich als Beitrag zur Verminderung des jugoslawischen Defizits erwähnten (Aussenhandelsminister Ludviger). Wir wurden im Gegensatz zu andern westlichen Staaten - insbesondere die BRD - auch nicht mit Forderungen wie: vermehrte Zurverfügungstellung der in unserem Land liegenden Ersparnisse der jugoslawischen Gastarbeiter zugunsten der Entwicklung der jugoslawischen Volkswirtschaft, oder Abgeltung der für die Ausbildung der im Ausland tätigen Landsleute aufgewendeten Mittel, konfrontiert (einzig die kroatischen Gesprächspartner drückten vorsichtig den Wunsch nach Verlegung schweizerischer Fabrikationsstätten nach Jugoslawien verbunden mit der Rückkehr der in der Schweiz tätigen Jugoslawen aus).

Die verschiedenen Gespräche verliefen überhaupt in einer ausgezeichneten Atmosphäre, und wir gewannen den Eindruck, dass die Jugoslawen ihre Begehren und Wünsche uns gegenüber in viel gemässigterer Form als gegenüber andern westlichen Staaten - insbesondere der EWG, die des Protektionismus beschuldigt wurde - ausdrückten.

Zur Förderung der jugoslawischen Exporte nach der Schweiz und zur Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit machte Minister Sommaruga im wesentlichen folgende Anregungen:

- Vermehrte Nutzung der realen Exportmöglichkeiten, namentlich auf dem Rohstoff- und dem Agrarsektor (z.B. Mais, Futtermittel);
- auf einen jugoslawischen Wunsch eingehend: allfällige Schaffung einer jährlich tagenden Gemischten Kommission auf Beamtenebene, der sektorielle Gruppen angegliedert werden könnten;
- engere Zusammenarbeit der zuständigen jugoslawischen Stellen mit der OSEC und der Handelskammer Schweiz/Jugoslawien;
- Durchführung technischer Gespräche im Hinblick auf die Aufnahme von Verhandlungen betreffend den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens (aus Gesprächen mit dem an der Reise teilnehmenden Sekretär des Vorortes mit den Vertretern der schweizerischen Firmen ging deutlich hervor, dass ein solches Abkommen schweizerseits willkommen wäre);
- Aufnahme von Kontakten im Hinblick auf den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens (es wurde ein schweizerischer Modelltext überreicht);
- Durchführung von Ausstellungen (1978 im grossen Pavillon des Comptoir oder bereits nächstes Jahr in den Räumlichkeiten der MUBA);
- vermehrte Orientierung der jugoslawischen Unternehmungen über die Möglichkeiten, die der schweizerische Markt bietet, insbesondere auch über die - von geringen Ausnahmen abgesehen - in vollem Umfang gewährten Zollpräferenzen zu Gunsten der Entwicklungsländer. Eine vermehrte Bearbeitung des schweizerischen Marktes wäre gerade jetzt, am Beginn einer wirtschaftlichen Erholung, besonders erfolgversprechend;
- eine bessere und leicht fassbare Orientierung der ausländischen Firmen über die in Jugoslawien geltenden Bestimmungen und die vorhandenen Möglichkeiten, namentlich auf den Gebieten des Han-

dels, der Kooperation und der joint ventures . (Dieser Punkt wurde bei jeder Gelegenheit mit Nachdruck erwähnt und zwar nicht nur in bezug auf die geltende Wirtschaftsgesetzgebung, sondern insbesondere im Hinblick auf die in Entstehung begriffene neue Gesetzgebung, die sich auf die neue Bundesverfassung vom 21. Februar 1974 stützen wird).

Die jugoslawischen Gesprächspartner ihrerseits entwickelten folgende Ideen:

- Schaffung einer Sektion "Schweiz" innerhalb der Bundeswirtschaftskammer, als Gegenpart zur Handelskammer Schweiz/Jugoslawien. Dieser Sektion würden alle Firmen angehören, die mit unserem Land Beziehungen unterhalten;
- raschmögliche Orientierung der in Belgrad akkreditierten diplomatischen Vertreter über die neue Wirtschaftsgesetzgebung, nach deren Vorlage an das Parlament;
- Kontaktnahme mit einigen Schweizerfirmen, die allenfalls Interesse an einer Zusammenarbeit auf Drittmarkten haben könnten (Bauunternehmungen, Ingenieur-consultants).

2.3. Verkehrsprobleme

Unsere jugoslawischen Gesprächspartner wiesen mehrmals auf die Bedeutung ihres Landes im Verkehr zwischen Westeuropa einerseits und Südosteuropa sowie dem Nahen und Mittleren Osten andererseits hin. Um die sich daraus ergebenden Verkehrsprobleme zu lösen, wurde kürzlich mit dem Bau einer Autobahn von der österreichischen bis zur bulgarischen Grenze begonnen (Länge 1'200 km, Kosten ca 6,8 Mrd US\$). In Anbetracht des Umfangs des Projektes und seiner Bedeutung für den Warentransport aus Westeuropa in die erwähnten Regionen stellt sich Jugoslawien auf den Standpunkt, dass sich die interessierten Länder bei seiner Ausführung beteiligen sollten. Bereits hat die europäische Entwicklungsbank ihre Mitwirkung zugesagt; gepflogene Kontakte mit der BRD, Österreich und Bulgarien sind ebenfalls grundsätzlich positiv verlaufen.

Die Vertreter des Schweizerischen Bankvereins äusserten die Ansicht, dass Jugoslawien bei der Finanzierung geholfen werden sollte.

Minister Sommaruga wies darauf hin, dass sich unser Land zwar an der Finanzierung nicht beteiligen kann, dass aber die schweizerischen Finanzkreise in der Lage wären, Jugoslawien zu helfen. Er fügte bei, dass seitens der schweizerischen Behörden allenfalls nach Mitteln gesucht werden könnte, die eventuell eine Erleichterung der Kreditaufnahme ermöglichen würden. Eine solche Prüfung würde erleichtert, wenn schweizerische Firmen (Bauunternehmungen, consultants) mit grossen Erfahrungen im Autobahnbau sich in irgend einer Weise an diesem Vorhaben beteiligen könnten.

2.4. Die jugoslawische Wirtschaftsgesetzgebung

Gegenwärtig wird eine neue Wirtschaftsgesetzgebung ausgearbeitet. Die Änderungen, die auf der neuen Verfassung von 1974 basieren, sollen zum Teil recht weitreichend sein und alle Bestimmungen auf dem wirtschaftlichen Sektor betreffen. Einzelheiten waren allerdings nicht zu erfahren, da das ganze Gesetzespaket noch im Vernehmlassungsverfahren bei den Teilrepubliken liegt. Es dürfte im Verlaufe des Sommers dem Parlament vorgelegt werden.

Immerhin erhielten wir folgende Erklärungen über das gegenwärtig gehandhabte Einfuhrregime, das zumindest in bezug auf die verschiedenen Absprachen auch künftig Geltung behalten dürfte.

- Die Bindung der Importe an die Exporte besteht nach wie vor. Sie soll jedoch aufgehoben werden, sobald es die Zahlungsbilanzsituation zulässt. Es handelt sich dabei nicht um eine eigentliche Kompensationspflicht, sondern die Firmen müssen in den gleichen Wirtschaftsraum 30% (bei Investitionsgütern) bzw. 100% (bei Konsumgüterimporten) des Wertes ihrer von dort bezogenen Waren exportieren;
- das im Rahmen des noch geltenden Aussenhandelssystems geschaffene Einfuhrregime mit den verschiedenen Einfuhrkategorien

(freie Einfuhr, globales Devisenkontingent, Devisenkontingent, Warenkontingent, Lizenz von Fall zu Fall) ist nach wie vor in Kraft;

- dieses Regime wird jedoch eingeschränkt durch die sog. "selbst-verwaltenden Absprachen", die eine ähnliche Funktion haben sollen wie die "Gesellschaftlichen Absprachen". Mittels dieser Absprachen, die zwischen Importeuren, einheimischen Fabrikanten und Verkaufsorganisationen abgeschlossen werden, wird bestimmt, welche Waren im Rahmen des halbjährlichen Devisenkontingents, das jeweils für ganze Produktegruppen eröffnet wird, eingeführt werden, und welche Erzeugnisse in der jeweiligen Produktegruppe im Land selbst hergestellt werden;
- vermehrt werden die Teilrepubliken für das Gleichgewicht der Zahlungen ihres Gebietes mit dem Ausland verantwortlich gemacht. Es muss also jede Teilrepublik ihre eigene Zahlungsbilanz führen. Deshalb werden die Unternehmen zunehmend angehalten, durch Absprachen, die im Rahmen der Wirtschaftskammern der eigenen Republiken geschlossen werden, auch den Wirtschaftsraum bzw. das Land zu bestimmen, aus denen bestimmte Importe getätigt werden. Ausschlaggebend für diese Entscheide ist in erster Linie die Leistungsbilanz zwischen der Teilrepublik und dem ausländischen Wirtschaftsraum bzw. Staat.

In bezug auf die Bestimmungen über die Vertretungen ausländischer Firmen konnte in Erfahrung gebracht werden, dass verschiedene Verbesserungen geplant sind, denen jedoch noch erheblicher Widerstand seitens der jugoslawischen Handelsunternehmungen, die eine Verstärkung der ausländischen Konkurrenz befürchten, entgegengesetzt wird. Schliesslich werde im Rahmen der Neufassung der Bankengesetzgebung in Aussicht genommen, Vertretungen ausländischer Banken zuzulassen.

2.5 Multilaterale Fragen

Im Verlaufe der verschiedenen Gespräche gab Minister Sommaruga jeweils einen Ueberblick über die parallelen multilateralen Interessen Jugoslawiens und der Schweiz, die auch für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern eine wichtige Rolle spielen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und der Schweiz an der KSZE und auf das beiderseitige Interesse an der Durchführung der Schlussakte von Helsinki, auf die Verfolgung ähnlicher Ziele bei der weltweiten Diskussion um die Neuordnung der Weltwirtschaft (KIWZ, UNCTAD, GATT/MTN) sowie auf die besondere und mässigende Rolle Jugoslawiens als Sprecher der Entwicklungsländer. Auch die Arbeiten der ECE, namentlich betreffend die multilaterale Anwendung des zweiten Korbes der Schlussakte von Helsinki im Hinblick auf das Treffen hoher Beamter, das nächstes Jahr in Belgrad stattfinden soll, wurde unterstrichen.

Von jugoslawischer Seite wurde dieser multilaterale Aspekt der Gespräche geschätzt, wobei die Zusammenarbeit in der ECE und mit der EFTA unterstrichen wurde. Insbesondere die Frage der Beziehungen Jugoslawiens zu der EFTA wurde auf höchster Ebene verschiedentlich aufgeworfen, und zwar vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Sefer, vom Aussenhandelsminister Ludviger, vom Vizeaussenminister Vrhuneč sowie vom Präsidenten der Aussenwirtschaftskommission des Parlaments, Snuderl (anlässlich des Empfangs in der Schweizerischen Botschaft getroffen). Alle unterstrichen folgende drei Punkte:

- a) Die bestehenden guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den EFTA-Ländern auf bilateraler Ebene sollten durch eine tiefere Zusammenarbeit mit der EFTA im multilateralen Bereich erweitert werden; dies solle zur allgemeinen Vertiefung der Beziehungen zu Westeuropa beitragen;

- b) die interne jugoslawische Situation mache es notwendig, sehr sorgfältig zu untersuchen, wie eine erweiterte Zusammenarbeit mit der EFTA zu realisieren sei, da in Jugoslawien weiterhin über diese Frage gewisse Bedenken bestünden;
- c) die Regierung habe letztthin diese Frage besprochen und sei zum Schluss gekommen, die Zusammenarbeit mit der EFTA zu intensivieren in den Bereichen, wo dies überhaupt möglich ist, wobei eine Freihandelslösung aus verschiedenen Gründen ausgeschlossen sei; der Aussenhandelsminister sei beauftragt worden, die damit zusammenhängenden Probleme zu prüfen, um konkrete Vorschläge in Genf unterbreiten zu können.

In den Gesprächen war ebenfalls zu hören, dass Kontakte in diesem Sinne auf bilateraler Ebene schon aufgenommen wurden. Insbesondere wurden Oesterreich (Minister Staribacher), Schweden und Portugal erwähnt.

In seinen Antworten unterstrich Minister Sommaruga jeweils das Interesse der Schweiz an einer Intensivierung ihrer Beziehungen zu Jugoslawien auch durch die EFTA, wobei aber im Auge behalten werden solle, dass die Aussenhandelsbeziehungen in der Kompetenz der einzelnen EFTA-Länder lägen, und dass Jugoslawien von allen in Frage kommenden EFTA-Ländern in deren jeweiliges GSP (Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer) aufgenommen wurde. Er verwies daher hauptsächlich auf die mögliche Ausweitung der Kontakte im Gebiet der Beseitigung technischer Handelshemmnisse und in diesem Zusammenhang auf die Vereinbarungen über gegenseitige Anerkennung von Inspektionen und Tests. Ferner erwähnte er - ohne von vornehmerein andere originelle Ideen auszuschliessen - die Möglichkeit für die EFTA, einen Beitrag zur Minderung des grossen Aussenhandelsdefizits Jugoslawiens zu leisten, indem Kontakte zwischen den Aussenhandelsorganisationen Jugoslawiens und EFTA-Geschäftsleuten organisiert werden könnten (z.B. in Form von Seminarien über Aussenhandel,

Kooperation, Investitionen, joint-ventures usw.). Schliesslich sagte er, dass jegliche weitere Zusammenkunft der bestehenden gemischten Arbeitsgruppe EFTA-Jugoslawien gut vorbereitet werden sollte, und zwar durch Kontakte der Jugoslawischen Mission in Genf mit dem EFTA-Sekretariat und, wenn möglich, durch einen Besuch des neuen Generalsekretärs in Belgrad.

Während unseres Aufenthaltes in Belgrad erschien in der jugoslawischen Zeitschrift "Internationale Politik" ein Aufsatz unter dem Titel "Wirtschaftliche Zusammenarbeit in den EFTA-Ländern" von M. Gavric, welcher, obwohl grobe Fehler enthaltend, doch auf das Interesse hinweist, das jugoslawische Wirtschafts- und politische Kreise haben, die Kontakte mit der EFTA zu intensivieren.

2.6 Pressemitteilung

Auf die Abfassung eines Protokolls wurde in gegenseitigem Einvernehmen verzichtet. An seiner Stelle wurde eine gemeinsame Pressemitteilung verfasst (Beilage 3).

3. Einladung für Bundesrat Brugger zu einem Besuch in Jugoslawien

Im Anschluss an die vom jugoslawischen Bundesminister für Preise und Märkte, I. Pulja, anlässlich seines Besuches in Bern vom vergangenen März ausgesprochene Einladung wiederholten der stellvertretende Ministerpräsident Šefer und Aussenhandelsminister Ludviger den bereits 1973 vom Vorgänger Ludvigers ausgedrückten Wunsch, Bundesrat Brugger bald offiziell in Jugoslawien empfangen zu dürfen.

4. Die Delegation der Handelskammer Schweiz/Jugoslawien

Diese Delegation arbeitete weitgehend selbstständig. Lediglich bei drei sogenannten Plenarsitzungen im Schosse der jugoslawischen Bundeswirtschaftskammer sowie der slowenischen und kroatischen

Wirtschaftskammern traten beide Delegationen gemeinsam auf. Daneben nahmen verschiedentlich Vertreter der Leitung der Handelskammerdelegation an den Gesprächen der offiziellen Delegation teil.

Zwischen und teilweise auch im Anschluss an die erwähnten Plenarsitzungen hatten die Vertreter der einzelnen Firmen Gelegenheit zu ausgedehnten Kontakten mit jugoslawischen Unternehmen. Die ersten Eindrücke über den Verlauf dieser Mission sind ermutigend. Bis allerdings im Einzelfall konkrete Resultate vorliegen, bedarf es teilweise noch ausgedehnter Verhandlungen der interessierten schweizerischen Firmen mit ihren jugoslawischen Partnern. Neben den Handelsgesprächen wurden erstaunlich viele Kontakte in den Bereichen des Lizenzverkehrs und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einschliesslich joint-ventures geführt.

Es liegt nun an der Handelskammer abzuklären, wie weit die Reise auch für die beteiligten Geschäftsleute erfolgreich war. Aufgrund des Ergebnisses dieser Umfrage wird zu prüfen sein, ob und wenn ja, in welcher Form in Zukunft solche Reisen gestaltet werden sollen.

5. Wiederaufnahme der Wirtschaftsgespräche mit Jugoslawien

Die Ergebnisse der Gespräche sowie die geschaffenen nützlichen Kontakte würden es als angebracht erscheinen lassen, im kommenden Jahr eine offizielle jugoslawische Delegation in unserem Land zu empfangen. Angesichts des bestehenden Handelsbilanzdefizits Jugoslawiens gegenüber der Schweiz, das sich in absehbarer Zeit nicht wesentlich verringern dürfte, ist es wichtig, mit den zuständigen jugoslawischen Stellen ständig im Gespräch zu bleiben, um zu verhindern, dass dieser wichtige Handelspartner (Jugoslawien belegte letztes Jahr in bezug auf die Exporte den 13. Platz) spezielle und allenfalls diskriminierende Massnahmen, die nicht unbedingt offiziellen Charakter haben müssten, aber mittels "selbstverwaltender

Absprachen" trotzdem wirksam sein könnten, gegenüber unserem Land ergreift. Es würde sich also im wesentlichen wiederum um eine Goodwill-Aktion handeln.

Ob der Ablauf der Besprechungen auch in Zukunft mit der Anwesenheit einer grossen Anzahl von Geschäftsleuten verbunden werden soll, wird näher zu prüfen sein.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die geplanten und tatsächlichen Besuchstage des Delegationschefs im April 1976:

Tag	Besuchsort	Beschreibung
1.4.	Frankfurt am Main	Einflug, Hotel, Besuch bei der Deutschen Presse-Agentur
2.4.	Frankfurt am Main	Deutsche Presse-Agentur, Hotel
3.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
4.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
5.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
6.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
7.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
8.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
9.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
10.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
11.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
12.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
13.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
14.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
15.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
16.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
17.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
18.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
19.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
20.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
21.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
22.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
23.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
24.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
25.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
26.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
27.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
28.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
29.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
30.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden
31.4.	Wiesbaden	Hotel, Besuch bei der Wirtschaftskammer Wiesbaden

31. Mai 1976 So/Km/fm - Jug. 821.AVA



Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
HANDELSABTEILUNG
 Département fédéral de l'économie publique
DIVISION DU COMMERCE

3003 Bern, 31. Mai 1976

Schweizerische Botschaft

B e l g r a d

Km/fm - Jug. 821.AVA

Wirtschaftsgespräche mit Jugoslawien

Herr Botschafter,

Als Beilage übermitteln wir Ihnen einen Bericht über die Besprechungen, die die offizielle schweizerische Delegation und die Delegation der Handelskammer Schweiz/Jugoslawien vom 10. bis 14. Mai 1976 in Ihrem Gastland geführt haben.

Wir benützen gerne die Gelegenheit, um Ihnen und Ihren Mitarbeitern für die hervorragenden Vorbereitungen und die ausgezeichnete und stets sehr angenehme Zusammenarbeit nochmals herzlich zu danken.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

HANDELSABTEILUNG EVD

Sommersonne

Beilage erwähnt

- 2 -

Kopie an:

- Generalsekretariat des EPD
- Politische Abteilung I des EPD
- Direktion für internationale Organisationen des EPD
- Finanz- und Wirtschaftsdienst des EPD
- Politische Direktion des EPD
- Eidg. Steuerverwaltung (Seite 6)
- Schweizerische Delegation bei der OECD, Paris
- Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- Schweizerische Delegation bei den internationalen Wirtschaftsorganisationen, Genf
- Integrationsbüro EPD/EVD
- BIGA EVD (Seite 5)
- Schweizerische Nationalbank, Zürich
- Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Zürich
- Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, Lausanne
- Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, Zürich

HH. J

Rb, Ja, D, Bt, Mo, Hf, vT
Bro, Bru, Cl, Eb, Gi, Hm, Jag, Jg, Lo, Lu, Ly
Pw, R, Ro, So, Km